

---

**Von:** Plank, Thomas  
**Gesendet:** Samstag, 9. Juni 2018 15:42  
**An:** KM6\_  
**Cc:** RegB2; [REDACTED] B2\_  
**Betreff:** WG: EILT SEHR! Maßnahmen der BPOL im Zusammenhang mit dem Mordfall z. N. von Susanna F.

**Wichtigkeit:** Hoch

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das sollte cc auch Sie gehen. Hiermit nachgeholt...

Schöne Grüße, tp

Freundliche Grüße

Thomas J. Plank  
RefL B 2  
Tel. 11765  
Zimmer C.3.486

---

**Von:** Plank, Thomas  
**Gesendet:** Samstag, 9. Juni 2018 15:39  
**An:** BPOL Bundespolizeipräsidium  
**Cc:** [REDACTED]; Busch, Dagmar; Beiderwieden, Peter; [REDACTED] Koch, Jens; Plank, Thomas  
**Betreff:** EILT SEHR! Maßnahmen der BPOL im Zusammenhang mit dem Mordfall z. N. von Susanna F.  
**Wichtigkeit:** Hoch

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND HEIMAT  
B 2 – 52004/444#1

Die nachstehende Fragen von Herrn Staatssekretär Engelke im Hinblick auf die beigelegte Medienberichterstattung übersende ich mit der Bitte um unverzügliche und umfängliche Berichterstattung zu den Maßnahmen der Bundespolizei, spätestens aber bis heute, 18:00 Uhr, an BMI sowie an die persönlichen Postfächer der in diesem Erlass nachrichtlich angeschriebenen Personen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag  
Thomas J. Plank

---

Leiter Referat B 2  
Führungs- und Einsatzangelegenheiten der  
Bundespolizei; Seesicherheit  
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat  
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
Telefon: 030 18681-11765  
Fax: 03018-681-511765 (PC-Fax)

E-Mail: [thomas.plank@bmi.bund.de](mailto:thomas.plank@bmi.bund.de)

E-Mail: [B2@bmi.bund.de](mailto:B2@bmi.bund.de) (Referat)

Internet: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

---

**Von:** Engelke, Hans-Georg

**Gesendet:** Samstag, 9. Juni 2018 13:41

**An:** ALB\_; Busch, Dagmar

**Cc:** [REDACTED]

**Betreff:** WG: Agenturmeldungen vom 09.06.2018, 07:30 Uhr bis 09.06.2018, 13:00 Uhr

Liebe Dagmar, bitte aus Anlass der 2. Agenturmeldung bei BPOL nachfragen. Der mutmassliche Täter soll in Gewahrsam der BPOL auf dem Weg nach D sein. Trifft die Meldung zu? Gibt es internationalen Haftbefehl/ Auslieferungsersuchen, haben die Nordiraker den auf einen Flieger gesetzt?

Viele Gruesse, Hans Georg

Gesendet von meinem BlackBerry 10-Smartphone.

---

**Von:** IDD, Platz 2 <[P2.IDDAM@LD.bmi.bund.de](mailto:P2.IDDAM@LD.bmi.bund.de)>

**Gesendet:** Samstag, 9. Juni 2018 13:00

**An:** Verteiler IDD-XZ - AgenturenArchiv

**Betreff:** Agenturmeldungen vom 09.06.2018, 07:30 Uhr bis 09.06.2018, 13:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend erhalten Sie die Agenturmeldungen aus dem im Betreff genannten Zeitraum.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

[REDACTED]  
Lagezentrum BMI – Referat KM 6

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen und ist ausschließlich für den bezeichneten Empfänger bestimmt. Wenn Sie nicht der bezeichnete Empfänger dieser E-Mail oder dessen Vertreter sind, dann senden Sie bitte die E-Mail an den Absender zurück (Antwort-Funktion). Entfernen Sie bitte danach die Nachricht aus Ihrem System.

## Inhaltsverzeichnis

### Sicherheit/Bevölkerungsschutz

Bericht: Verdächtiger im Fall Susanna hat Tat gestanden

Bericht zum Fall Susanna: Ali B. soll am Abend in Frankfurt landen

### Netzpolitik/Netz- und Cybersicherheit

Nächste Facebook-Enthüllung: Einige Partner hatten länger Datenzugang

### Migration/Integration/Spätaussiedler/Minderheiten

Unionsfraktion will Asylklageverfahren beschleunigen

Afrikabeauftragter setzt auf konsequente Grenzsicherung

### Sport

FIFA-Chef kündigt harte Linie bei Krawallen an - «Klar und deutlich»  
120 000 weitere WM-Tickets gebucht - 2,5 Millionen Karten verkauft

## Europa

Zahl der Asylbewerber in EU geht deutlich zurück

## Allgemeines Sonstiges

Kretschmann sieht Demokratie in Gefahr - Kritik an Seehofer

## **Sicherheit/Bevölkerungsschutz**

### **Bericht: Verdächtiger im Fall Susanna hat Tat gestanden**

Erbil (dpa) - Der Verdächtige im Fall der getöteten 14-jährigen Susanna soll die Tat einem Medienbericht zufolge im Irak gestanden haben. Das meldete der kurdisch-irakische TV-Sender Rudaw am Freitagabend unter Berufung auf einen lokalen Polizeioffizier. Ali B.

habe nach seiner Festnahme in den kurdischen Autonomiegebieten im Nordirak ausgesagt, es sei zu einem Streit mit dem Opfer gekommen, sagte Polizeigeneral Tarik Ahmed aus der Stadt Dohuk dem Sender.

Das Mädchen habe versucht, die Polizei anzurufen, was Ali B. dann zu der Tat getrieben habe. Eine Auslieferung an Deutschland sei Angelegenheit der kurdischen Autonomieregierung, sagte der Polizeioffizier. In Deutschland hatte die «Bild»-Zeitung zuerst über das Interview des Polizisten berichtet.

Der Tatverdächtige hatte sich in den Nordirak abgesetzt und war dort in der Nacht zum Freitag von kurdischen Sicherheitskräften festgenommen worden.

dpa 091109 Jun 18

### **Bericht zum Fall Susanna: Ali B. soll am Abend in Frankfurt landen**

Wird Ali B. jetzt schnell nach Deutschland gebracht? Einem Medienbericht zufolge soll er schon am Samstag in Frankfurt landen.

Die kurdische Polizei berichtet von einem Geständnis des Mannes, der die 14-jährige Susanna vergewaltigt und getötet haben soll.

Mainz/Berlin (dpa) - Der im Mordfall Susanna verdächtige Ali B. soll Medienberichten zufolge am Samstagabend auf dem Frankfurter Flughafen landen. Das berichten «Wiesbadener Kurier», «Allgemeine Zeitung Mainz» und «Frankfurter Allgemeine Zeitung». Der Tatverdächtige hatte sich in den Nordirak abgesetzt und war dort in der Nacht zum Freitag von kurdischen Sicherheitskräften festgenommen worden. Ali B. solle in Gewahrsam der Bundespolizei aus dem Irak nach Frankfurt gebracht werden, schrieben die Zeitungen. In kurdischer Haft soll der Verdächtige die Tötung Susannas einem Medienbericht zufolge gestanden haben.

Von Bundesjustizministerium, hessischem Innenministerium und Bundespolizei gab es dazu zunächst keine Stellungnahmen. Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) sagte dem RBB, er rechne damit, dass der mutmaßliche Mörder der 14-jährigen Mainzerin Susanna nach Deutschland gebracht werde: «Ich gehe davon aus, dass der Prozess gegen den 20-Jährigen in Deutschland durchgeführt werden kann.»

Der kurdisch-irakische TV-Sender Rudaw berichtete am Freitagabend unter Berufung auf einen lokalen Polizeioffizier, Ali B. habe nach seiner Festnahme in den kurdischen Autonomiegebieten im Nordirak ausgesagt, es sei zu einem Streit mit dem Opfer gekommen. Das Mädchen habe versucht, die Polizei anzurufen, was Ali B. seiner Aussage zufolge zu der Tat getrieben habe, sagte Polizeigeneral Tarik Ahmed aus der Stadt Dohuk dem Sender. In Deutschland hatte die «Bild»-Zeitung zuerst über das Interview des Polizisten berichtet.

Der Tatverdächtige hatte sich in den Nordirak abgesetzt und war dort in der Nacht zum Freitag von kurdischen Sicherheitskräften festgenommen worden. Die am Mittwoch in Wiesbaden tot aufgefundene 14-jährige Susanna F. aus Mainz wurde nach bisherigem Ermittlungsstand Opfer

eines Gewaltdelikts. Ali B. steht im Verdacht, das Mädchen in der Nacht vom 22. auf 23. Mai vergewaltigt und anschließend durch Gewalt gegen den Hals getötet zu haben.

Vor dem Hintergrund des Falls wollen mehrere Bündnisse und Initiativen in Mainz gegen Einwanderung beziehungsweise gegen Rassismus demonstrieren. Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität meldete für Samstag eine Demo in der Innenstadt an. Unter dem Motto «Stop the Violence - gegen sexualisierte Gewalt und Unterdrückung» plant eine Initiative am Hauptbahnhof eine Kundgebung und einen Zug zum Petersplatz nahe dem Schloss.

Die «Gutmenschliche Aktion Mainz» lädt dort zu einer Trauerkundgebung ein, um sich gegen Rassismus zu wenden. Die AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz will ganz in der Nähe unter dem Motto «Es reicht!

Endlich Konsequenzen ziehen!» vor der Staatskanzlei demonstrieren.

Bereits am Freitagabend versammelten sich Menschen in der Nähe des Fundorts der Leiche zu einem Trauermarsch in Gedenken an Susanna.

Der Fall Susanna hat eine heftige politische Debatte ausgelöst. Nach Auffassung der Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Frankfurter Goethe-Universität, Susanne Schröter, sollte sich die deutsche Gesellschaft Konzepte für den Umgang mit patriarchalisch geprägten und aggressiven Männern überlegen. «Das ist jetzt kein Einzelfall mehr», sagte die Ethnologin der Deutschen Presse-Agentur zum Fall Susanna.

Im Islam wie auch in anderen Religionen gebe es patriarchalisch geprägte Normen, die Gewalt und sexuelle Übergriffe legitimierten. Im Fall Susanna könne dies der Hintergrund sein: «Dieser junge Mann hatte ganz offensichtlich überhaupt keinen Respekt.» Weder vor der deutschen Gesellschaft, noch vor Frauen oder Polizisten.

Der Fall Susanna wecke Ängste in Teilen der Bevölkerung, die auch durch Fehleinschätzungen entstünden, sagte der Marburger Sozialpsychologe Ulrich Wagner der dpa. «Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir Wahrnehmungsfehlern unterliegen und zur Überschätzung der tatsächlichen Zustände neigen, wenn es um den Zusammenhang von Kriminalität und bestimmten Gruppen geht.» Man könne den Sorgen aber begegnen, sagte der Psychologe. Etwa indem man sich bewusst mache, dass die Wahrscheinlichkeit, dass man selbst oder das eigene Kind Opfer einer solchen Tat werde, gering sei.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird derweil der Ruf nach einer Verkürzung der Asylklageverfahren laut. Der Asylantrag des verdächtigen Irakers war bereits Ende 2016 abgelehnt worden, er hatte aber Rechtsmittel dagegen eingelegt, so dass eine Abschiebung damit gestoppt war. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg (CDU) sagte der «Rheinischen Post»: «Es darf nicht sein, dass ein abgelehnter Asylbewerber sein Aufenthaltsrecht allein durch eine Klage um deutlich mehr als ein Jahr verlängern kann.» Die Verwaltungsgerichte müssten mehr Personal bekommen. Außerdem sei zu überlegen, «wo wir das Asylprozessrecht verändern müssen».

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, kritisierte, dass Deutschland offensichtlich nicht über die rechtlichen Instrumente verfüge, um ausreisepflichtige Gewalttäter zu inhaftieren: «Das bayerische Polizeigesetz sollte Musterpolizeigesetz für Deutschland werden», schlug Wendt in der «Passauer Neuen Presse» vor. «Das neue bayerische Polizeigesetz sieht vor, dass Menschen, von denen eine Gefahr ausgeht, in Gewahrsam genommen werden können. Gefährliche Personen müssen auch in anderen Bundesländern auf richterliche Anordnung hin in Gewahrsam genommen werden.»

dpa 091138 Jun 18

## **Netpolitik/Netz- und Cybersicherheit**

### **Nächste Facebook-Enthüllung: Einige Partner hatten länger Datenzugang**

Menlo Park (dpa) - Facebook hat einigen Partnerfirmen weiter Zugang zu Daten von Freunden von Nutzer gewährt, auch nachdem solche Schnittstellen 2015 grundsätzlich dichtgemacht wurden. Das Online-Netzwerk bestätigte dem «Wall Street Journal», dass einige Unternehmen «kurzzeitige» Verlängerungen bekommen hätten. So habe die Royal Bank of Canada den Datenzugang sechs Monate länger nutzen können, sagte ein Sprecher des Kreditinstituts der

Zeitung. Dem Bericht von Samstag zufolge handelte unter anderem auch der Autobauer Nissan einen Sonderdeal aus.

Facebook hatte bereits 2007 Software-Entwicklern Zugang zu einigen Informationen von Freunden eines Nutzers gewährt. Das beschleunigte das Wachstum des Online-Netzwerks und darauf aufgebauten Anwendungen

- der Schritt machte letztlich auch den jüngsten Datenskanal um Cambridge Analytica erst möglich. Der Entwickler einer Umfrage-App konnte Daten von Millionen Facebook-Mitgliedern sammeln, obwohl nur rund 300 000 sich direkt an der Erhebung beteiligt hatten. Er reichte die Datensätze dann an die Datenanalysefirma weiter - widerrechtlich, wie Facebook betont.

Facebook schuf den freien Zugriff auf Daten von Freunden 2014 ab, mit einer Übergangsfrist bis Mai 2015. Zuletzt wurde zugleich bekannt, dass es auch danach noch zum Teil Schnittstellen mit Zugang zu Daten von Freunden für Smartphone-Anbieter gab. Facebook zufolge war das notwendig, um Facebook-Dienste auf den Geräten reibungslos laufen zu lassen.

dpa 091151 Jun 18

## **Migration/Integration/Spätaussiedler/Minderheiten**

### **Unionsfraktion will Asylklageverfahren beschleunigen**

Berlin, 09. Jun (Reuters) - In der Unionsfraktion werden nach dem mutmaßlich von einem abgelehnten Asylbewerber begangenen Mord an der 14-jährigen Susanna Forderungen nach rascheren Asylklageverfahren laut. "Es darf nicht sein, dass ein abgelehnter Asylbewerber sein Aufenthaltsrecht allein durch eine Klage um deutlich mehr als ein Jahr verlängern kann", sagte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mathias Middelberg, der "Rheinischen Post"

(Samstagsausgabe). Neben der personellen Ausstattung der Verwaltungsgerichte komme es nun drauf an, "wo wir das Asylprozessrecht verändern müssen", sagte der CDU-Politiker.

Ein 20-jährige Iraker wird verdächtigt, die Jugendliche aus Mainz vergewaltigt und getötet zu haben. Sie war zwei Wochen lang vermisst worden, bevor ihre Leiche am Mittwoch in einem Erdloch in Wiesbaden entdeckt wurde. Der Tatverdächtige lebte in einer Wiesbadener Flüchtlingsunterkunft. Sein Asylantrag war im Dezember 2016 abgelehnt worden, wogegen er geklagt hat. Gegen ihn laufen mehrere Verfahren, unter anderem wegen Raubüberfalls.

Bevor er zur Fahndung ausgeschrieben wurde, reiste der Mann nach Angaben des Bundesinnenministeriums mit seiner Familie am Wochenende legal über den Düsseldorfer Flughafen aus und setzte sich nach Erbil im Nordirak ab. Dort wurde er durch kurdische Sicherheitsbehörden auf Bitten der Bundespolizei festgenommen. (Reporterin: Sabine Ehrhardt Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Redaktionsleitung unter den Telefonnummern 069-7565 1232 oder 030-2888

5168)

REUTERS 090856 Jun 18

### **Afrikabeauftragter setzt auf konsequente Grenzsicherung**

Berlin/München (KNA) Der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke (CDU), setzt auf eine konsequente Grenzsicherung in Europa. «Grenzsicherung und klare Botschaften von uns können helfen, dass sich weniger Menschen auf den gefährlichen Weg aus Europa begeben», sagte Nooke am Samstag «Focus online». «Wir sollten keine Angst haben, dass manche diese Politik diffamieren und die ‚Festung Europa« kritisieren.«

Weder illegale noch legale Migration nach Europa könnten die Probleme Afrikas lösen. »Offene Grenzen würden nur die Freizügigkeit in Europa und die EU insgesamt gefährden«, sagte der Afrikabeauftragte. Die individuelle Entscheidung eines Menschen, der seine Heimat verlassen wolle, sei schwer beeinflussbar. Nooke machte deutlich, dass Hilfe für Afrika für ihn vor allem Hilfe in Afrika bedeutet. »Wir sollten dafür sorgen, dass Menschen Perspektiven für sich auf dem afrikanischen Kontinent finden.«

Der Afrikabeauftragte weiter: Ein »gewisser Migrationsdruck« werde noch Jahrzehnte bleiben, weil das Leben in Europa sehr viel attraktiver erscheine, als für das Überleben in Afrika sorgen zu

müssen. Es brauche Millionen neue und gut bezahlte Jobs in afrikanischen Ländern oder auch in Wirtschaftssonderzonen. »Es muss klar sein, nicht alle können ihre Dörfer und Familien mit Geldüberweisungen aus Berlin, Paris oder Amsterdam versorgen, das ginge auch aus Tunis, Kinshasa oder Daressalam, wenn es endlich mehr Prosperität in Afrika gäbe.« Das alles versuche die Bunderegierung auch mit Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.

KNA-Notizblock 091057 Jun 18

## **Sport**

### **FIFA-Chef kündigt harte Linie bei Krawallen an - «Klar und deutlich»**

Berlin (dpa) - FIFA-Präsident Gianni Infantino hat im Fall von Ausschreitungen bei der Fußball-WM in Russland eine harte Linie angekündigt. «Auch die Schiedsrichter haben erstmals die Gelegenheit, ein Spiel im Falle von Krawallen zu stoppen. Wir hoffen sehr, dass das nicht der Fall sein wird. Aber falls doch, dann wird die Antwort darauf sehr klar und deutlich ausfallen», sagte Infantino im Interview der Tageszeitung «Die Welt».

Die FIFA und die Organisatoren seien sehr gut vorbereitet, alles sei minutiös geplant worden. Es habe eine enge und diskrete Zusammenarbeit mit den Behörden aller Länder gegeben.

Zuversichtlich blickt der Schweizer dem erstmaligen Einsatz des Videobeweises bei einer WM entgegen. «Noch ist nicht alles perfekt, aber wir werden sicherlich keine wirklich schlimmen Fehler erleben, wie beispielsweise ein übersehenes Abseits von drei Metern oder eine Elfmeter-Entscheidung nach einem Foul außerhalb des Strafraums», sagte Infantino. Der FIFA-Chef erwartet bei der WM «ein großes Fest».

Für die ab Donnerstag beginnende Veranstaltung sei alles bereit.

dpa 090913 Jun 18

### **120 000 weitere WM-Tickets gebucht - 2,5 Millionen Karten verkauft**

Zürich/Moskau (dpa) - 120 000 von der FIFA zusätzlich zur Verfügung gestellte Eintrittskarten für die Fußball-WM in Russland sind innerhalb weniger Stunden verkauft worden. Das teilte der Weltverband am Samstag mit. Damit sind wenige Tage vor dem Eröffnungsspiel zwischen Gastgeber Russland und Saudi-Arabien mehr als 2,5 Millionen Tickets verkauft worden. Die meisten Karten gingen an Fans aus Russland. Dahinter wurden fast 90 000 Tickets aus den Vereinigten Staaten bestellt, obwohl das US-Team gar nicht an der WM teilnimmt.

dpa 091044 Jun 18

## **Europa**

### **Zahl der Asylbewerber in EU geht deutlich zurück**

Berlin (KNA) Die Zahl der Asylbewerber in der EU ist in den ersten drei Monaten des Jahres deutlich gesunken. Von Januar bis März registrierten die EU-Staaten insgesamt 123.740 erstmalige Asylanträge, das sind 29 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2017, wie die «Welt» unter Berufung auf neue Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat berichtet. In Deutschland ging die Zahl sogar um 38,5 Prozent zurück.

In den ersten drei Monaten 2017 haben danach 174.410 Flüchtlinge erstmals einen Asylantrag gestellt. Auf Deutschland entfielen fast ein Viertel der Anträge (34.365), gefolgt von Frankreich (25.250) und Italien (17.820). Am wenigsten Asylanträge wurden in den ersten drei Monaten in Estland gestellt: 10. In Österreich wurden 3.425 erstmalige Asylanträge in den ersten drei Monaten registriert.

KNA-Notizblock 091045 Jun 18

## **Allgemeines Sonstiges**

### **Kretschmann sieht Demokratie in Gefahr - Kritik an Seehofer**

Düsseldorf (KNA) Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sieht die liberale Demokratie angesichts von Spaltung und wachsendem Populismus in Parteien in Gefahr.

«Unsere liberale Demokratie steht auf dem Spiel», sagte der Grünen-Politiker der Düsseldorfer «Rheinischen Post» (Samstag). «Demokratische Parteien müssen mehr als je zuvor miteinander koalitionsfähig sein.

In diesen Zeiten von Pluralisierung, Polarisierung und Populismus sind Kompromissfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft wichtiger denn je», sagte er.

Die Grünen seien grundsätzlich verhandlungsbereit, auch mit der CSU, aber nicht mit der AfD. «Man muss sich finden, auch dann, wenn man sich nicht gesucht hat.» Angesichts sinkender Umfragewerte der SPD und einer fehlenden Mehrheit von Rot-Rot-Grün sei die Union für seine Partei ein realistischer Partner geworden. «Sich einen Lieblingspartner auszusuchen, ist die Welt von gestern.»

Die Grünen hätten die Chance auf eine Regierungsbeteiligung im Bund mit der Union 2013 nicht genutzt und seien dafür hart bestraft worden. «Wir sind immer noch nicht über den Berg. Wir sind wieder nicht über zehn Prozent bei der Bundestagswahl gekommen.» Zu der von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine geplanten linken Sammlungsbewegung sagte Kretschmann: «Es ist das Grundproblem der Linken, seit es sie gibt, dass sie immer anfällig für Spaltung ist.

Die Linken wollen immer das Paradies auf Erden, das kommt aber nie.»

Kretschmann warnte, Bundesinnenminister Horst Seehofer und die CSU legten mit ihrer Asylpolitik «die Axt an Europa an». «Wenn jeder sagt ‚Mein Land zuerst‘, wird es nicht lange dauern, bis die EU am Ende ist.»

Wenn Seehofers für nächste Woche angekündigter Masterplan umgesetzt werde, wonach Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden sollen, landeten sie wieder in Italien und Griechenland. «Mit der neuen antieuropäischen Regierung in Rom wird das nicht gutgehen», sagte Kretschmann. «Man kann das nur europäisch lösen und nicht bayerisch.»

Der Fehler von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sei nicht gewesen, die Flüchtlinge in einer Notsituation nach Deutschland kommen zu lassen, sondern dass sie davor Italien und Griechenland mit den Flüchtlingen unter Verweis auf das Dublin-Verfahren lange habe hängen lassen. «Wir brauchen dringender denn je europäische Lösungen, eine gemeinsame Haltung, sonst bricht das ganze Schengen-Regime der offenen Grenzen zusammen.»

KNA-Notizblock 091111 Jun 18